

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

17. WP - 16. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. Mai 2010, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 383 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Sönnichsen (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Fehlende Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Finanzministers über die Eckwerte zum Doppelhaushalt 2011/12	4
2. Transfusionsmedizin im Universitätsklinikum Schleswig-Holstein	5
3. Bericht des Innenministeriums über den Stand der Besetzung der zweiten Vorstandsstelle im Statistikamt Nord	6
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes	7
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/250	
5. Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über den Beitritt des Landes Niedersachsen zur rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts "Dataport"	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/507	
6. Ausbildung in der Finanzverwaltung	9
Berichts Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 17/834	
7. Tätigkeitsbericht 2010 des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein	10
Drucksache 17/210	
8. Information/Kenntnisnahme	11
Umdruck 17/671 - Verwaltungsabkommen Kinderfrüherkennungsuntersuchungen Umdruck 17/808 - Ergebnis der Mai-Steuerschätzung Umdruck 17/822 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben I/2010	
9. Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Finanzministers über die Eckwerte zum Doppelhaushalt 2011/12

M Wiegard trägt vor, die Landesregierung gehe davon aus, dass die regelmäßigen Steuereinnahmen in den nächsten Jahren um 2,5 % stiegen. Über das strukturelle Defizit, das man auf 1,25 Milliarden € festgelegt habe und um jährlich 125 Millionen € zurückführen werde, strebe man möglichst schnell eine Verständigung mit dem Bund an. Hinzu komme nach der Mai-Steuerschätzung im Jahr 2011 ein konjunktureller Fehlbetrag von rund 500 Millionen €. Das Gesamtbudget sinke wegen steigender Ausgaben für Zinsen und sinkender Zuweisungen von Dritten von 7,1 Milliarden auf 7,0 Milliarden €. Das Personal- und Verwaltungsbudget werde um 130 Millionen € erhöht, das Budget für Zuwendungen sinke um 250 Millionen €.

Der Finanzminister weist darauf hin, dass in den nächsten zehn Jahren die Zinslasten um mindesten 500 Millionen € stiegen, die Versorgungsaufwendungen um den gleichen Betrag zunähmen und Tarifsteigerungen von ebenfalls rund 500 Millionen € zu Buche schlugen. Unter Berücksichtigung dieser Eckpunkte werde die Landesregierung im Juli über die Finanzplanung des Landes und den Haushaltsplanentwurf 2011/12 entscheiden und beides dem Parlament zur ersten Lesung im September zuleiten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Transfusionsmedizin Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

Vorlage des Wissenschaftsministeriums
Umdruck 17/667

St Dr. Andreßen berichtet, das Laboranforderungssystem sei inzwischen eingeführt. Nach der Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werde ab Jahresmitte die Dokumentation der Blutkonserven durchgängig elektronisch durchgeführt. Zum Kalkulationssystem liege dem Ministerium eine Matrix vor; es werde betriebswirtschaftlich kalkuliert, und das System werde schlüssig dargestellt.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht des Wissenschaftsministeriums zur Kenntnis und wird die Thematik wieder auf die Tagesordnung setzen, sobald der Landesrechnungshof die Kalkulation geprüft hat.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht des Innenministeriums über den Stand der Besetzung der zweiten
Vorstandsstelle im Statistikamt Nord**

RL Breusing teilt mit, die zweite Vorstandsstelle im Statistikamt Nord werde mit Zustimmung der schleswig-holsteinischen Landesregierung und des Verwaltungsrats zum 1. August 2010 besetzt, das jetzige alleinige Vorstandsmitglied gehe zum 30. April 2011 in den Ruhestand, sodass die Doppelbesetzung auf neun Monate beschränkt sei.

Der Finanzausschuss erkennt die Bemühungen der Landesregierung nach der Diskussion vom 4. März 2010 an, die Zeit der Doppelbesetzung möglichst kurz zu halten, und bekräftigt seinen Beschluss, bei der anstehenden Anpassung des Staatsvertrags festzuschreiben, dass der Vorstand des Statistikamts Nord nur aus einer Person besteht.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/250

(überwiesen am 25. Februar 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den
Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/473, 17/476, 17/511, 17/514, 17/539, 17/550, 17/574,
17/647, 17/652, 17/662, 17/674, 17/675, 17/677, 17/684,
17/689, 17/692, 17/693, 17/696, 17/698, 17/701, 17/702,
17/703, 17/704, 17/705, 17/710, 17/731, 17/733, 17/749,
17/760, 17/766, 17/775, 17/804, 17/823, 17/833, 17/835

Die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP zur Änderung des Sparkassengesetzes, Drucksache 17/250, soll in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Innen- und Rechtsausschuss sowie dem Wirtschaftsausschuss am Mittwoch, 9. Juni 2010, 10 Uhr, und die zweite Lesung in der Juni-Tagung des Landtags erfolgen. Die im Terminplan ausgewiesene Finanzausschusssitzung am 10. Juni entfällt; aktuelle Themen werden bei Bedarf im Anschluss an die gemeinsame Sitzung am 9. Juni behandelt.

Auf eine Frage von Abg. Herdejürgen kündigen die Koalitionsfraktionen an, ihren Änderungsantrag zum Sparkassengesetz, der im Wesentlichen Ergebnisse aus der Anhörung aufgreife, am 8. Juni 2010 nachmittags vorzulegen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über den Beitritt des Landes Niedersachsen zur rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts "Dataport"

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/507

(überwiesen am 21. Mai 2010)

Eine Frage von Abg. Herdejürgen beantwortet Dr. Steinger, durch den gemeinsamen Betrieb der steuerlichen Rechenverfahren im DCS als norddeutschem Fünf-Länder-Verbund werde es in der Summe in jedem Fall zu Haushaltsentlastungen kommen. Die Investitionskosten für die Druckzentren in Altenholz und Lüneburg stünden noch nicht fest.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der LINKEN empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Innen- und Rechtsausschusses, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/507 unverändert anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Ausbildung in der Finanzverwaltung

Berichts Antrag der Fraktion der SPD
Umdruck 17/834

St Dr. Bastian berichtet auf Wunsch der SPD-Fraktion über die Situation und Entwicklung der Ausbildung in der Finanzverwaltung, die personalwirtschaftlich vor großen Herausforderungen stehe. Um den von der Koalition beschlossenen Personalabbau zu erreichen, würden die Budgets für Beförderungen, Ausbildung und Einstellungen in der Steuerverwaltung in der ersten Phase heruntergefahren und in der zweiten Phase wieder hochgefahren. Das bedeute, dass nicht alle Auszubildenden übernommen werden könnten.

Auf eine Frage von Abg. Herdejürgen teilt RL Felgendreher mit, bisher habe man immer alle Ausbildungsstellen besetzen können.

Abg. Heinold bittet das Finanzministerium, dem Ausschuss den Bericht in schriftlicher Form zukommen zu lassen und die Zahlen zu demografischer Entwicklung, Stellenabbau, Ausbildungsplätzen, Absolventen und Übernahmen (differenziert nach mittlerem und gehobenem Dienst) bis zum Jahr 2020 fortzuschreiben.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Tätigkeitsbericht 2010 des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein

Drucksache 17/210

(überwiesen am 21. Mai 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Frau Hansen, stellvertretende Leiterin des ULD, erläutert kurz die in der Steuerverwaltung festgestellten datenschutzrechtlichen Verstöße (Textziffer 4.8 des Tätigkeitsberichts) und lobt die Zusammenarbeit zwischen ULD und Finanzverwaltung, deren Datenschutzbewusstsein zugenommen habe. Sie legt Wert darauf, dass auch die Finanzbehörden die ärztlichen Auskunftsverweigerungsrechte beachteteten (Teilziffer 4.8.2).

VP Dopp macht darauf aufmerksam, es gehe darum, zwischen ärztlicher Heilbehandlung und kosmetischer Behandlung zu unterscheiden, die mehrwertsteuerpflichtig sei. Daher sei die Patienteninformation steuerlich relevant.

Der Finanzausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht 2010 des ULD abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 17/671 - Verwaltungsabkommen Kinderfrüherkennungsuntersuchungen

Umdruck 17/808 - Ergebnis der Mai-Steuerschätzung

Umdruck 17/822 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben I/2010

Der Ausschuss nimmt die oben angegebenen Umdrucke zur Kenntnis.

Auf eine Frage von VP Dopp zu Umdruck 17/808 - Ergebnis der **Mai-Steuerschätzung** - bestätigt St Dr. Bastian, dass die entgegen der Mai-Steuerschätzung vor einem Jahr eingetretenen Steuermehreinnahmen von 100 Millionen € zur Senkung der Nettoneuverschuldung eingesetzt werden sollten.

Auf eine Frage von Abg. Loedige zu Umdruck 17/822 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben I/2010 - teilen AL Reese-Cloosters und RL Quirnbach mit, von der außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 1,6 Millionen € sei nicht Gebrauch gemacht worden, weil der vom Oberlandesgericht vorgeschlagene Vergleich zum sogenannten **Westküstenprozess**, bei dem es um Schadensersatzansprüche gegenüber dem Land für die Unterbringung der Fachhochschule Westküste über den vereinbarten Mietzeitraum hinaus gehe, vom Eigentümer bedauerlicherweise nicht angenommen worden sei. Das Haushaltsrisiko liege bei rund 3,5 Millionen €. Inwieweit das Land mit seiner Klage gegen den Rechtsanwalt, der die damalige Kanzlerin der Fachhochschule Westküste falsch beraten habe, in der nächsten Instanz Erfolg haben werde, sei offen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die nächste Sitzung findet nicht wie geplant am 10. Juni, sondern am Mittwoch, dem 9. Juni, um 10 Uhr, statt.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 11:20 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführer